

Dämpferstrategien der USA in Nahem Osten

**I. „Krieg gegen den Terror“
Der Krieg in Afghanistan und im Irak**

II. Der Israel- Palästina-Konflikt

**Reader zum Workshop des Münchener Friedensforum
vom 21.01.04**



Inhalt

Afghanistan – 2 Jahr nach Bonn-Petersberg, eine Bestandsaufnahme	3
“Krieg gegen den Terror” Der Krieg in Afghanistan und im Irak	5
Der Israel/Palästina-Konflikt	8
Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in Palästina/Israel	12
Wie ist die EU einbezogen?	16

Afghanistan – 2 Jahr nach Bonn-Petersberg, eine Bestandsaufnahme

(Sabine Newetzki-Winer)

Im Dezember ist das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan ausgelaufen, das zunächst bis 2004 verlängert wurde. Was hat sich seit Petersberg verändert, zum Guten oder Schlechten? Wie stellt sich die Lage in Afghanistan da? Afghanistan ist zurzeit kein funktionierender Staat, sondern ein Protektorat. Für 2003/04 wurde ein Budget von 2268 Millionen US Dollar angesetzt, bei einer Eigenbeteiligung von 200 Millionen. Und dabei ist im Land genug Geld vorhanden. Nach Angaben von Karsai kassieren allein die Zollbehörden jährlich in den Provinzen 600 Millionen, die aber nicht nach Kabul abgeführt werden. Allein die Warlords von Herat und Kandahar nehmen so täglich eine Million ein. Im Land tummeln sich Unmengen NGOs, allein in Kabul 800, und Agenten aller Herren Länder. Würden sie abgezogen, würde die ganze Versorgung zusammenbrechen.

Ein Wiederaufbau im eigentlichen Sinne findet nicht statt. Kabul sieht 1 ½ Jahre nach dem Sturz der Taliban kaum besser aus als Berlin Ende 1946. Nur die NGOs und die Entwicklungshilforganisationen reparieren hier und dort zerstörte Einrichtungen wie Schulen, Straßen und Brücken. Dabei werden ihnen noch Steine in den Weg gelegt.

Zudem herrscht schlechte Stimmung über zu Hohe Mieten: Eine 2 Zimmer Wohnung kostet bis zu 350\$, ein Distriktgouverneur verdient circa 30\$ im Monat. Was sind die Milliarden Dollar Auslandshilfe geblieben?

Karsai beschwerte sich schon im November 2002, dass von 890 Millionen Dollar Finanzhilfe 800 Millionen an die Bürokratie und die an die UNO angeschlossenen zahlreichen Hilfsorganisationen fließen, Geld für allem für die Verwaltungsarbeit und Gehälter höherer Beamter ausgegeben wird, die unteren Ränge erhalten bis zu 6 Monate kein Gehalt. Mangels Fachkräften findet kein Minimalaufbauprogramm statt, Geld verschwindet in dunklen Kanälen. Derweil stellen die USA jedem Minister einen afghanisch-amerikanischen Berater zur Seite. Ein Taliban-Berater warnte bereits vor einer Bush-Regierung in Kabul. Die USA verfolgten nur politische und militärische Interessen.

Einer der wenigen Erfolge war die Durchführung der Währungsreform Anfang 2003. Aber auch hier wurde mehrfach Säckeweise altes Geld umgetauscht (1000 alte Afghani = 1 neuer), ein gutes Geschäft für die Machthaber. Als weiterer Erfolg gilt das sehr attraktive Investitionsgesetz: 100% Firmenbesitz von Ausländern, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten 8 Jahren. Doch ohne Bankengesetz herrscht Vorsicht. Fehlende Sicherheit schreckt ab, es gibt kaum Rechtsgrundlagen, kaum qualifiziertes Personal, schlechte Verkehrsverbindungen, nur ab und an Strom und extrem hohe Bodenpreise in Kabul. So gibt es nur wenig ausländische Unternehmer. Der erste Direktflug Deutschland-Kabul wurde bereits nach einer Woche eingestellt. Auch Exil-Afghanen produzieren vorwiegend Waren für Ausländer, zum Beispiel Mineralwasser. Viele junge Investoren scheinen Strohmänner von Warlords, Heroinbossen und Politikern zu sein. Minister besitzen ganze Straßenzüge in bester Lage.

Der einzig funktionierende Wirtschaftszweig sind Drogenproduktion und Handel. 2001 wurden circa 185 Tonnen Opium produziert, 2002 circa 3500 Tonnen und 2003 circa 4600 Tonnen. UN Experten schätzen, dass 2/3 des Welthandels und 90% des in Europa verbrauchten Heroins aus Afghanistan stammen. Warlords, Politiker und Sicherheitsbeamte arbeiten eng zusammen, daher spricht Finanzminister Ghani von einem "Drogenmafiastaat". Wäre die zuständigen Briten noch die Taliban-Regierung können den Bauern alternativen bieten. Nur Mohnanbau rechnet sich, um auch die meist hohen Schulden zu zahlen. Darum trauern viele Bauern den Taliban nach, bei denen die Waffen von Privatpersonen eingesammelt, und die Opiumfelder vernichtet wurden.

Insgesamt ist die soziale Situation katastrophal: Kinder- und Müttersterblichkeit sind hoch, die Unterernährung ist groß, und die Ärztedichte gering.

Ein relativer Erfolg ist die Eröffnung von Schulen, formal auch für Mädchen. Doch wie sind sie eingerichtet, wie qualifiziert ist das Personal? Sind es nicht meist nur Koranschulen, vor allem in abgelegenen Provinzen. Besonders schlecht ist die Lage der Frauen. Sie dürfen zwar arbeiten, aber kaum eine traut sich ohne Schleier auf die Straße. Gefährdet sind vor allem politisch organisierte, denn es gibt keinen Schutz.

Die Petersburger Ausrichtung auf die Warlords scheint nicht die Lösung, sondern das Problem selbst zu sein. Heute gibt es eine Regierung, die sich fast nur aus den Gewaltunternehmern des Landes rekrutiert. Ob Raub, Vergewaltigung, Mord oder Folter – die Täter stehen oft im Dienste der Polizei, des Militärs oder der Warlords, Manchmal auch von hohen Vertretern der NATO. Verteidigungsminister Fahin, Ex-Präsident Rabani, Ultra-Islamist Sayat, dies sind nur einige Namen, die in diesem Zusammenhang oft fallen. Insbesondere Personen, die sich für den Aufbau eines weltlich orientierten Staates einsetzen, sind stark gefährdet.

Die neue Koalition von El-Quaida, Taliban und Hekmatjar-Anhängern findet wegen der immer noch chaotischen Zustände Rückhalt in der Bevölkerung, es werden bereits weite Teile im Südlichen und Östlichen Afghanistan von ihnen kontrolliert. Ganz wichtig für Sicherheit und Ordnung ist die Wiederherstellung einer afghanischen Nationalarmee. Am 02.12.2002 wurde der Aufbau von 75.000 Mann beschlossen. Nach Angaben der NATO wurden bereits 25.000 Mann rekrutiert, nach Angaben von Care International waren es Anfang 2003 nur 1700. Da die NATO keinen Sold zahlen kann, kehren die gut ausgebildeten Männer zu ihren Warlords zurück. Damit unterstützt der Westen direkt, wenn auch ungewollt, die Gegner des Karsei-Regimes. Die Entwaffnung der nicht staatlichen Milizionäre verläuft nur langsam. Verteidigungsminister Fahin verfügt über eine 30.000 Mann starke Privatarmee. Kein Wunder, dass er kein Interesse an Reformen hat. Das ist ein Vorstoß gegen das Petersburger Abkommen, Fahin und seine Mannen kontrollieren aber auch die Staatsmedien, Das Bildungswesen, die Judikative und viele Provinzverwaltungen. Die Umsetzung der neuen Verfassung und die für Juni vorgesehenen freien Wahlen werden zusehends als politische Fäumerei angesehen. "Die Lage in Afghanistan verschlechtert sich täglich", konstatiert Human Rights Watch. Daran wird auch die neue Verfassung vom 5. Januar wenig ändern können. Diese wurde Karsei auf den Leib geschneidert, und er wird damit unbegrenzte Machtbefugnisse erhalten. Mit der Verfassung wird Afghanistan eine Islamische Republik. Die Scharia, das Islamische Recht, steht zwar nicht explizit darin, aber "Kein Gesetz kann im Widerspruch zu den Grundlagen des Islam stehen" (Art 3). Papier ist geduldig, nirgends auf der Welt ist die Diskrepanz zwischen Verfassung und Realität größer als in Afghanistan.

(Nach Dr. Martin Baraki (geboren 1947 in Kabul, lehrt internationale Politik an den Unis Marburg/Kassel))

“Krieg gegen den Terror” Der Krieg in Afghanistan und im Irak

(Joachim Schramm)

Chaos oder Befriedung ist die Frage, die wir uns bezüglich der US-Strategie in Afghanistan und dem Irak stellen wollen. Wenn man sich die Situation in Afghanistan zwei Jahre nach dem Krieg und im Irak neun Monate nach dem Ende der offenen Kampfhandlungen anschaut, könnte man die These vom Chaos bevorzugen. Über Afghanistan haben wir gerade einiges gehört, über den Irak lesen wir tagtäglich in der Zeitung. Keine geregelte öffentliche Versorgung, die Wirtschaft liegt nach wie vor am Boden, Plünderung, Entführung, Mord sind an der Tagesordnung, die Besatzungsmächte üben sich in Willkür, eine politische Autonomie ist nicht absehbar. Doch was hätten die USA vom Chaos als Ziel ihrer Kriegführung? Was ist überhaupt Ziel ihrer Kriege?

Die offenkundig gewordenen Lügen über die Massenvernichtungswaffen im Irak als Kriegsgrund haben die Menschen in ihrer Ablehnung des Krieges bestärkt. Osama bin Laden ist nach wie vor nicht gefasst, da bleibt auch vom vermeintlichen Grund für den Krieg gegen Afghanistan nicht viel an glaubwürdiger Substanz. Und so konnte man in der vergangenen Zeit beobachten, dass vermehrt die Politik der USA bis in wissenschaftliche und Politiker-Kreise hinein als eine imperiale Politik analysiert wurde. Das gilt nicht nur fürs alte Europa sondern auch für die USA selbst. Die USA als letzte Supermacht, das war klar gewesen. Auch der Begriff Hegemon war immer mal wieder gefallen. Aber jetzt plötzlich Imperium, Imperialismus: Begriffe, die man als längst überholt angesehen hatte, die verpönt waren. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler von der Humboldt-Uni schrieb im Februar 2003 in der FR im Bezug auf die USA: “Imperien unterliegen anderen Gesetzmäßigkeiten als Staaten. (...) Staaten, die in eine Staatenwelt eingebettet sind, sind für Forderungen eines friedlichen Interessenausgleichs empfänglicher als Imperien, die sich in einer weitgehend feindlich wahrgenommenen Umwelt behaupten zu müssen meinen.” Hier werden also die USA aus der normalen Staatenwelt herausgenommen, als etwas besonders betrachtet und darauf hingewiesen, das sich das Imperium besondere Rechte herausnimmt.

Überhaupt hat die Abstufung der Staaten Konjunktur Robert Cooper, der Büroleiter von Javier Solana schreibt Anfang 2002 unter dem Titel “Der neue liberale Imperialismus”: “Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europas geht, müssen wir auf die rauheren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen.” Und im gleichen Jahr ließt man in der renommierten Zeitschrift Foreign Affairs, eher ein Sprachrohr des US-State Departments: “Die Logik des Neoimperialismus ist für die Bush-Administration zu überzeugend, um ihr zu widersprechen. Das Chaos in der Welt ist zu gefährlich, um ignoriert zu werden.”

Von diesen Wissenschaftlern, Politikberatern und Journalisten, die nah an den Zentren der Macht sich bewegen, wird die dort herrschende Sichtweise beschrieben bzw. ausgesprochen: Es gibt eine mittlere Ebene von Staaten für die gleiche Rechte gelten, z.B. das Völkerrecht. Dann gibt es auf der Ebene darunter Staaten, für die gilt dieses Recht nicht. Und dann gibt es übel allem das Imperium, was selbst definiert, was Recht und Gesetz ist. Robert Kagan, außenpolitischer Berater von Bush formuliert es 2002 so: “Die Vereinigten Staaten sind gezwungen, zuweilen nach den Spielregeln einer Hobbesschen Welt zu agieren, auch wenn sie damit gegen europäische Normen verstoßen. Sie sind gezwungen, die Einhaltung bestimmter internationaler Abkommen zu verweigern, die ihre Fähigkeit (...) erfolgreich zu kämpfen, einschränken würden. Sie sind gezwungen, Rüstungskontrollen zu unterstützen, sie aber nicht immer auch für sich selbst gelten zu lassen. Sie sind gezwungen, mit einer doppelten Moral zu leben.”

Herfried Münkler geht davon aus, dass Imperien sich auf harte und weiche Machtfaktoren gründen. Die weichen Machtfaktoren sind die Zustimmung und innere Folgebereitschaft innerhalb der untegeordneten Staaten. Sie basieren auf der Beteiligung am Wohlstand, an der technischen

Überlegenheit und am Lebensstil des Imperiums. Dies wären die Industriestaaten und Schwellenländer, die von der Ordnung des Imperiums profitieren. Zu den Rändern des Imperiums nimmt diese Zustimmung und innere Folgebereitschaft ab, da hier auch die Beteiligung an dessen Vrzügen abnimmt. Hier kommen dann eher die harten Machtfaktoren zur Wirkung, also militärische Gewalt. Wenn man diesem Bild folgt, dann sind Länder wie Afghanistan und der Irak die Ränder des Imperiums. Mit ihnen gibt es keinen intensiven Wirtschaftsaustausch, keine größere Übereinstimmung kultureller Werte. Irak ist Rohstofflieferant, Afghanistan sogar nur Transitland, durch das eine wichtige Pipeline führen muss. Diese Ränder kann man ein Stück sich selbst überlassen, hier können Diktatoren oder obskure Religionsgemeinschaften das Sagen haben. Aber wenn der Nutzen für das Imperium bedroht ist oder die Gefahr besteht, dass sich ein Land zur Regionalmacht aufschwingen will, dann sorgt das Imperium für Ordnung.

Wenn das bisher zu theoretisch ist, für den jetzt noch einige handfestere Aspekte. Zbigniew Brzezinski, außenpolitischer Berater schon in der Reagan-Administration, hat 1997 in seinem Buch zur amerikanischen Geostrategie den gesamten eurasischen Kontinent als das Gebiet ausgemacht, den es aus US-Sicht zu kontrollieren gilt. Diesen Raum unterteilt er in vier Regionen, wobei die Region des Persischen Golfs und des Kaspischen Meeres eine Einheit ist, in der es zu vermeiden gilt, dass sie unter die Herrschaft eines einzigen Landes gerät.

Diese Region ist die Schnittstelle zwischen der EU im Westen, Russland im Norden sowie China, Indien, Südostasien und Japan im Osten.

Es ist die Region mit den größten Erdölreserven der Welt. Von den nachgewiesenen 143 Mrd. Tonnen Erdölreserven der Welt befinden sich 93 Mrd. im Nahen Osten, das sind 65%. Hinzu kommen die Erdölvorkommen am Kaspischen Meer, die in Aserbaidschan schon gefördert werden, deren vermuteter, noch nicht erschlossener Umfang aber mit dem in Saudi-Arabien gleichzieht. Weitere Vorkommen werden in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien vermutet. Der Primärenergiebedarf der Welt wird zu knapp 40% durch Erdöl gedeckt, an diesem Prozentsatz wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Angesichts eines steigenden Energiebedarfs wächst damit aber der absolute Bedarf an Erdöl. Heute decken die USA ihren Ölverbrauch zu 40% selbst. Da ihr Anteil an den Weltreserven jedoch nur gering ist, werden sie dies nur ca. 15 Jahre aufrecht erhalten können. Damit ist ihr Interesse an einer Kontrolle der Region mit den größten Reserven immens. Der amerikanische Vizepräsident Cheney früher selbst in Diensten der Ölindustrie, veröffentlichte kurz nach Amtsantritt 2001 einen Report zur nationalen Energiepolitik. Darin skizziert er die Ziele der Erschließung bisher nicht genutzter amerikanischer Ölreserven, das amerikanische Engagement in der kaspischen Region, die Beibehaltung der Beziehungen zu Saudi-Arabien sowie Sanktionen gegen den Irak, dem Land mit den zweitgrößten nationalen Ölreserven der Welt.

Fakt ist heute, dass die USA durch die Kriege gegen Afghanistan und Irak aber auch durch sonstige Bemühung in der Region ihre Präsenz dort nachhaltig gesteigert haben. Sie verfügen inzwischen über Militärbasen in Usbekistan und Kirgisien, zwei Ländern mit umfangreichen Ölreserven, in Afghanistan und Georgien, zwei wichtigen Transitländern für Pipelines ins Schwarze Meer bzw. in den Indischen Ozean. Mit dem Irak ist nun das Land mit den immensen Ölreserven besetzt und gleichzeitig der Herrscher, der sich anmaßte in dieser wichtigen Randzone des Imperiums eigene Machtziele zu verfolgen, um diese Macht gebracht.

Chaos oder Befriedung war unsere Ausgangsfrage. Eine Einverleibung fremden Territoriums im Stile des alten Imperialismus ist heute nicht mehr angesagt. Doch auf die reine Zerschlagung störender oder gar gefährlicher Strukturen und das hinterlassen eines Chaos kann sich das Imperium USA auch nicht beschränken. Es geht schon um die Installierung einer Herrschaft, die die wirtschaftliche Nutzung für das Imperium sicherstellt. Es geht nicht allein darum, für einige US-Ölkonzerne günstige Verwertungsmöglichkeiten für das irakische Öl zu schaffen. Es geht um die

Sicherung der wichtigsten Energieressource für die gesamte moderne Gesellschaft in den USA. Ziel ist die Befriedung und Kontrolle, wobei für das Erdölland Irak mehr Ordnung und Struktur anzustreben ist als für das bloße Transitland Afghanistan. Dabei zählt für das Imperium nicht das Völkerrecht oder das Wohlergehen der betroffenen Bevölkerung. Es geht um die Absicherung des Imperium selbst.

Der Israel/Palästina-Konflikt

(Detlef Thierig)

1. Die Politik der USA

Die Politik der USA bestimmt ganz wesentlich die Rolle, die Israel in dem Konflikt mit Palästina spielt. Deshalb soll einleitend ein Blick auf die US-Amerikanische Strategie im Nahen und Mittleren Osten geworfen werden. Wenn man nach dem Ziel der US-Politik fragt, so könnte man von den Ergebnissen der letzten größeren außenpolitischen Maßnahmen ausgehen. Die militärisch erzwungenen Regimewechsel haben nicht zu einer Befriedung und Ausschaltung des Terrors geführt, sondern zu chaotischen Zuständen, die mit dem Kampf einzelner Gruppen gegeneinander und gegen die USA verbunden sind. Aber es gibt auch Gegenbeispiele. Auf dem amerikanischen Kontinent selbst ist es gelungen in vielen Fällen stabile Verhältnisse in Staaten zu schaffen, die ganz unter dem amerikanischen Einfluß stehen.

Die Frage nach dem Ziel amerikanischer Strategie greift zu kurz, wenn wir nur die Antworten Befriedung oder Chaos betrachten. Beide sind nur Zwischenstationen zu einem größeren, weit gesteckten Ziel. Dieses größere Ziel ist das nationale Interesse der USA, das wir deshalb ein imperiales Interesse nennen, weil es keine Gleichberechtigung mit anderen Staaten anerkennt, sondern das eigene nationale Interesse über das Interesse von anderen Staaten setzt. Es besteht in der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflußnahme auf andere Staaten. Der wirtschaftliche Einfluss erstreckt sich vor allem auf drei Gebiete:

Amerikanischer Wren, Beherrschung der Finanzmärkte und Besitz oder zumindest Verfügungsgewalt für die Rohstoffe.

Die Politik hat diese Maßnahmen durch Beseitigung von Zollschwierigkeiten und Steuergesetzgebung zu unterstützen. Bei der militärischen Einflussnahme ist insbesondere die Gründung und Aufrechterhaltung von US-Amerikanischen Stützpunkten zu nennen.

Fasst man also die Ziele dieser imperialen Politik zusammen, so wird deutlich, dass die Schaffung von chaotischen Zuständen in einem gegnerischen Land, nur ein Etappenziel sein kann. Die Ausnutzung des wirtschaftlichen Einflusses kann nur optimal unter stabilen, also befriedeten, Bedingungen geschehen. Das Versinken des Sudan in Krieg und Chaos zeigt nur an, dass hier keine wesentlichen, wirtschaftlichen Interessen der USA bestehen. Die Ziele imperialer Strategie werden sehr deutlich, wenn man die im Jahre 2002 herausgegebene nationale Sicherheitsstrategie (NSS) näher untersucht. Hier ist nicht nur der Präventivkrieg vorgegeben. Es wird auch die Verbindung zwischen Neoliberaler Globalisierung (oder mit anderen Worten weltweiter kapitalistischer Ausbeutung und Verwertung) mit den militärischen Herrschaftsansprüchen aufgezeigt. Globalisierung bedeutet Öffnung der Märkte, Zugang zu den Rohstoffquellen. Länder, die nicht „globalisierungskompatibel“ sind, werden zum nationalen Sicherheitsinteresse erklärt. Es wird ein weltweites Projekt politischer und ökonomischer Umwälzungen geplant, die die Einsetzung von militärischen Mitteln vorsieht. Die gewaltsame Beseitigung von Globalisierungslücken beschreibt der Berater des US-Ministeriums Thomas M. Barnett „Je weniger ein Land an der Globalisierung teilhat, desto eher wird es eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten heraufbeschwören“.

2. Der palästinensisch/israelische Konflikt

a) Israel/USA

Auf politischem Gebiet konnte Israel traditionell mit der Unterstützung der USA rechnen. Ururteilungen des israelischen Vorgehens z. B. in der UNO wurden durch Amerikas Veto verhindert. Es bestehen enge wirtschaftliche Beziehungen, vor allem auch private Investitionen in Israel. Ein Schwerpunkt der Beziehungen liegt aber in der militärischen Zusammenarbeit. Die USA betrachten Israel als einen verlässlichen Stützpunkt in der islamischen Welt. Die hochtechnisierte Aufrüstung wird durch die USA besorgt, die Milliarden, die Amerika jährlich Israel zukommen läßt, werden fast

ausschliesslich zu Waffenkäufen in den USA verwendet.

b) USA geben die Bandbreite des Israel/Palästina-Konfliktes vor

Der politische Einfluß der USA im Israel/Palästina-Konflikt bestand aber seit Jahren darin, zu einer gewissen Mäßigung beizutragen und eine offene Eskalation zum Kriege zu verhindern. Es wurde gewissermassen eine bestimmte Bandbreite des Konfliktes vorgegeben, die nicht überschritten werden durfte. Allerdings ist nach dem 1. September 2001 diese Bandbreite erweitert worden. So konnten noch 2001 die ersten Angriffe mit der Luftwaffe auf palästinensische Städte ohne grössere Proteste Amerikas durchgeführt werden. Ein offener Ausbruch des Konfliktes zwischen Israel und Palästina würde Amerika in die Schwierigkeit bringen, Israel direkt unterstützen zu müssen und damit seinen Einfluss in anderen arabischen Staaten, vor allem in Ägypten, aufs Spiel zu setzen.

c) Die Situation des Israel/Palästina-Konfliktes

Eine verarmte islamische Bevölkerungsschicht steht im Konflikt mit einem hochgerüsteten militärisch überlegenen Land. Es gibt Gewalt und Gegengewalt. Beide Seiten üben auf unterschiedliche Weise Gewalt aus. Die Frage ist, welche Wege gibt es heraus aus diesem Ritual von Gewalt und Gegengewalt? Die Selbstmord-Sprengstoffanschläge der Palästinenser in Israel und der bewaffnete Widerstand gegen israelische Militäreinsätze auf der einen Seite und die Gewaltausübung der Israelis auf der anderen Seite bewirken einen anhaltenden Ausnahmezustand in beiden Ländern, der ein normales Leben verhindert. Bei der Untersuchung der Ursachen des Konfliktes stößt man immer wieder auf fünf Probleme, die bisher ungelöst sind und zu immer neuen Spannungen führen:

1. Die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet
2. Im Zusammenhang damit wird die Schaffung eines zusammenhängenden Gebietes der Palästinenser verhindert. Heute ist dieses Gebiet durch israelische Landnahme und Besetzung völlig zerstückelt und teilweise ohne Verbindungen. Durch den Bau einer Mauer zwischen Israel und Palästina wird die Situation noch verschärft.
3. Die Rückkehr von etwa 4 Millionen palästinensischer Flüchtlinge aus den Lagern ist ein ungelöstes Problem.
4. Ebenso ist die Aufteilung und gemeinsame Verwaltung von Jerusalem ein Problem, das jede ernsthafte Friedensregelung berücksichtigen muss.
5. Die Frage der künftigen Staatsform.

d) Drei Möglichkeiten für die Zukunft

Ausgehend von der Frage nach der Staatsform gibt es drei Möglichkeiten für die künftigen Beziehungen zwischen Palästina und Israel:

1. Die Einstaaten-Lösung, bei der die beiden Nationen in einem Staat zusammenleben. Die Binationale Staatsidee gründet sich auf der fundamentalen Kritik des israelischen Staates, der von einer ethno-religiösen Selbstdefinition ausgeht und die Einheimischen dieses Landes als unerwünschte Ausländer behandelt. Israel hat die separatistischen Staatsgründungen am Anfang des 20. Jahrhunderts in einer Welt wiederholt, die sich weiterentwickelt hatte. Gemeint ist hier eine Welt der offenen Grenzen und des Menschen- und Völkerrechtes. Bei dieser Betrachtung ist der Staat Israel ein Anachronismus. Allerdings ist Israel eine Demokratie. Will es die besetzten Gebiete behalten, so wird es bald eine arabische Mehrheit der Bevölkerung geben. Sollen sie auf immer von der Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen werden oder will Israel durch rigorose ethnische Säuberungen ein Gebiet schaffen, das nur den Israelis vorbehalten bleibt? Nach Jahren des Konfliktes ist es für eine Zweistaaten-Lösung zu spät. Zu viele Siedler befinden sich auf palästinensischem Gebiet. Aber auch umgekehrt gibt es zu viele Palästinenser auf dem von Israel eingenommenem Gebiet. Es bleiben nur die zwei Möglichkeiten, entweder ein ethnisch gesäubertes Groß-Israel zu schaffen oder einen Staat zu bilden, in dem Israelis und Araber gemeinsam leben

können.

2. Die Zwei-Staaten-Lösung

Fast alle in den letzten Jahren diskutierten Pläne und Vorschläge gehen davon aus, dass es künftig einen unabhängigen palästinensischen und israelischen Staat nebeneinander gibt. Der oben geschilderte binationale Staat wird als eine schöne und noble Idee angesehen, die vom Glauben an die Menschheit erfüllt, aber nicht realisierbar ist. Die Gegensätze der beiden Völker sind in den letzten Jahren eher noch stärker geworden. Der Zionismus drängt nach Expansion, Besetzung und Besiedlung. Auf palästinensischer Seite vertieft sich der Nationalismus einschließlich seiner islamischen Komponente. Die große Mehrheit der Palästinenser möchte endlich in einem eigenen nationalen Staat leben, mit eigener Regierung, eigenem definierten Staatsgebiet, wie andere Völker auch. Auch die Mehrheit der Israelis würde niemals auf die Errungenschaft des eigenen Staates verzichten wollen. Die beiden Staaten müssten sich nicht feindselig gegenüberstehen. Eine Kooperation ist ökonomisch notwendig und politisch wünschenswert.

3. Fortführung des Konfliktes in der bisherigen Form

Die dritte Möglichkeit des Konfliktes ist seine Weiterführung in der bisherigen Weise. Das war die durch Orientierungslosigkeit gekennzeichnete Politik Ariel Sharons in den letzten Jahren. Dabei hat die militärische Bekämpfung des Terrorismus keinen Erfolg gebracht. Erst vorgestern ist ein Omnibus wenige Meter vom Amtssitz Ariel Sharons in die Luft gesprengt worden. Das Sicherheitsproblem bleibt damit für beide Seiten ungelöst. Gleichzeitig tickt aber noch eine andere Zeitbombe. Es ist die ökonomische Zerrüttung des israelischen Staates.

3. Ausblick

a) Die wirtschaftliche Situation

Die Betrachtung der israelischen Situation wäre nicht vollständig ohne einen Blick auf die ökonomische Lage. Die weltweite wirtschaftliche Entwicklung war für die israelische Hi-Tech-Industrie günstig. Bis zum Jahre 2000 gab es einen wirtschaftlichen Boom. Mit Beginn der zweiten Intifada und einer weltweiten Rezession änderte sich das Bild vollständig. Im Jahre 2001 verzeichnet Israel einen Rückgang der Wirtschaft um 0,5 %. Heute steht die Produktion in der Hi-Tech-Industrie zu einem großen Teil still. Die Textilindustrie ist völlig zusammen gebrochen und einer der wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren, nämlich die Tourismusbranche, ist praktisch nicht mehr vorhanden. Die Folge ist ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. In mehr als 20 Städten gibt es über 25 % Arbeitslosigkeit. Die Ausbreitung der Armut betrifft hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, den palästinensischen Bevölkerungsanteil. Jeder 6. Israeli lebt heute unterhalb der Armutsgrenze.

Sozialleistungen werden auf allen Gebieten gekürzt. Betroffen sind Renten, Arbeitslosenunterstützung und das Gesundheitswesen.

An dieser katastrophalen Situation ist die weltweite Rezession nur zum Teil schuld. Der Konflikt mit den Palästinensern verschlingt verhältnismäßig große Summen des Staatshaushaltes. In den ersten beiden Jahren der Intifada wurden 13 Milliarden Euro aufgewendet. Darin enthalten ist die Hilfe der USA in Höhe von 6 Milliarden Euro, die aber vollständig für Waffenkäufe in USA wieder ausgegeben wurde. Auch die Situation im Tourismussektor ist auf die Unsicherheiten im israelisch-palästinensischen Konflikt zurückzuführen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage vertieft nicht allein die krassen Unterschiede zwischen arm und reich, sondern vor allem die Unterschiede zwischen den israelischen und palästinensischen Bevölkerungsgruppen. Die Palästinenser sind von der Verarmung in weit größerem Maße betroffen. Hierdurch wird auch ihre politische Haltung beeinflusst. Ihre Forderung ist nicht mehr Gleichberechtigung.

gung in dem israelischen Staat, sondern Autonomie. Ein starkes Anwachsen des islamistischen Gedankengutes ist zu verzeichnen. Die wachsenden Spannungen und Schwierigkeiten auch innerhalb von Israel dürfen bei der Betrachtung des Gesamtproblems nicht übersehen werden.

b) USA und Israel

Die Beziehungen zwischen den USA und Israel sind seit vielen Jahren sehr eng. Israel ist für die USA eine befreundete Militärmacht, deren Ausrüstung seit Jahren durch Amerika finanziert wird. Auch die Entwicklung von Kernwaffen wird von den USA, wenn nicht unterstützt, aber auf jeden Fall geduldet. Israel verfügt damit über die einzigen Massenvernichtungsmittel im Nahen Osten. Trotz der regelmäßigen und zuverlässigen Waffenlieferung steuern die USA aber nicht auf einen größeren, offenen Krieg gegen die Palästinenser zu und würden vermutlich auch eine „ethnische Säuberung“ im israelischen Staatsgebiet ablehnen. Auch bei der politischen Unterstützung erweist sich die USA als ein verlässlicher Partner Israels. Starke Interessengruppen setzen sich für die Interessen Israels ein.

Die Herrschaftsvorstellungen der imperialen US-amerikanischen Politik richtet sich auf den gesamten Nahen Osten. Alle diese Länder sollen ihre Märkte und Rohstoffquellen für den Neoliberalen Welthandel öffnen. So werden die USA sicherlich keinen palästinensischen Staat zulassen, der sich gegen diese Politik richtet. Auf der anderen Seite ist es aber auch klar, dass Palästina mit seiner unentwickelten Wirtschaftsstruktur ohne Rohstoffquellen, längst nicht so attraktiv für eine amerikanische Erschließung ist, wie andere arabische Länder

c) Pläne zum Frieden und Friedensbewegung

- Roadmap
- Genfer Vorschlag
- Friedensbewegung und NGOs

Bemühungen um einen dauerhaften Frieden in Palästina/Israel

Ursula Böskén

Ich möchte mich bei den Friedensbemühungen, die weltweit gemacht werden, auf drei Initiativen beschränken, die in der letzten Zeit Hoffnung auf einen Frieden in Israel

Palästina geweckt haben. Trotzdem werde ich kleine Initiativen, die von der Bevölkerung ausgehen, nicht unerwähnt lassen. Angefangen von der Mission „Breaking the Ice“ bei der 8 israelische und palästinensische Friedensaktivisten einen nie zuvor erklommenen 1 000 m hohen Berggipfel in der Antarktis bestiegen haben und ihn Berg der israelisch-palästinensischen Freundschaft taufte, bis hin zu den Kriegsdienstgegnern und Soldaten, die sich weigern, in die besetzten Gebiete zu gehen und den gemeinsamen Aktionen, von Frauen, Ärzten, Studenten ..., die in ihrem Bereich versuchen, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu finden, der inzwischen das Ausmaß eines Krieges erreicht hat.

Das tägliche Leben der Menschen ist unerträglich geworden: Die Israelis müssen in jedem Bus, Kino, Restaurant und auf der Straße ständig mit Selbstmordattentaten rechnen. Die Palästinenser verlieren durch den Bau der unsäglichen Mauer, die fälschlicher- und beschönigenderweise als „Sicherheitszaun“ bezeichnet wird, Land, Häuser, Zugang zu Wasser und ihren Feldern. Sie sind praktisch Gefangene in ihrem eigenen Land. Die Auswirkung der Mauer auf die Bevölkerung ist in dem beigefügten Bericht von Sumaya Farhat Naser und auf der Webzeitung nachzulesen. Ortschaften werden bombardiert, Häuser eingerissen, um angebliche Terroristen zu suchen oder Vergeltungsschläge wegen der Selbstmordattentate auszuführen. Uns allen sind diese Bilder hinlänglich bekannt.

Umso begieriger werden daher Friedensvorschläge als immer neue Hoffnung aufgenommen und oft schnell wieder begraben, da sich jeweils die eine oder die andere Seite mit den zu machenden Zugeständnissen nicht abfinden will.

Für einen dauerhaften Frieden müssen jedoch beide Seiten - Israelis wie Palästinenser - große Opfer bringen und von ihren verkrusteten Positionen abrücken, wenn beide eine Überlebenschance und eine Zukunft haben wollen.

Die zeitlich drei letzten Initiativen, die jeweils gute Ansätze haben, um den Friedensprozeß voranzutreiben, sind

1. Ein gemeinsamer Staat Israel/Palästina nach dem Modell Südafrika
2. Die Road Map
3. Die Genfer Initiative

1. Das Friedensmodell Südafrika

Barri Aman, der Chefredakteur der arabischen Zeitung „Al Quds“ hat die Vision, nach dem Friedensplan in Südafrika auch Frieden in Israel zu erreichen. Er selbst ist Palästinenser, der in einem Flüchtlingslager in Gaza geboren wurde. Er geht davon aus, dass wir in einer multi-kulturellen Welt leben: Die multikulturellen USA haben sich zu einer Supermacht entwickelt, Europa wandelt sich zu einem multi-ethnischen und multi-religiösen Kontinent. Weshalb sollte Israel sich da zu einem Zustand von vor 2 000 oder gar 4000 Jahren zurückentwickeln und ein Staat exklusiv für jüdische Menschen bleiben? Das Modell „one man, one vote“ sollte nach dem Vorbild Südafrikas auf Israel übertragen werden. Man kann das kleine Land - seiner Ansicht nach - nicht teilen, deshalb sollten alle Bewohner gemeinsam an ihm Anteil haben, als Gleiche unter Gleichen.

Auch nach dem vielen Blutvergießen sieht er dazu die Möglichkeit und nennt als Beispiele die früheren „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich und Südafrika, wo allerdings die Gewalt noch immer kein Ende gefunden hat. Kritiker geben diesem Vorschlag deshalb keine Chance, weil langfristig die Zahl der Palästinenser gegenüber den Israelis zunehmen wird.

2. Die Road Map als Fahrplan für den Frieden

wurde von den USA entwickelt und von Rußland, EU und UN unterstützt (sog. Nahost-Quartett). Bis 2005 soll ein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen. Voraussetzung ist das Ende der direkten Gewalt: Selbstmordattentate und Militäreinsätze und parallel dazu das Ende der strukturellen Gewalt, also der Bau von Siedlungen.

Phase I sollte bereits bis 2003 abgeschlossen sein

- Die palästinensische Führung erklärt erneut das Recht Israels auf Existenz in Frieden und Sicherheit. Sie ruft zu bedingungslosem Waffenstillstand auf und stellt die Hetze gegen Israel ein.
- Die israelische Führung erklärt unmißverständlich, dass sie der Zwei-Staaten-Regelung zustimmt, derzufolge ein lebensfähiger souveräner palästinensischer Staat mit Israel in Frieden und Sicherheit zusammenlebt.

Palästinenser

erklären Gewalt und Terrorismus für beendet, ziehen illegale Waffen ein

Sie leiten einen glaubwürdigen Prozeß zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für einen palästinensischen Staat ein.

Israelis

unterlassen Angriffe auf Zivilisten, beenden die Beschlagnahmung von Häusern und die Zerstörung palästinensischer Infrastruktur und Institutionen

Die israelischen Streitkräfte ziehen sich mehr und mehr aus den besetzten Gebieten zurück.

Phase II begann Juni 2003 bis Dezember 2003

Ziel ist es, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen. Das Nahost-Quartett soll alle Maßnahmen begleiten und eine internationale Konferenz zum wirtschaftlichen Wiederaufbau einleiten.

Phase III und IV

Konsolidierung der Reformen und Stabilisierung der palästinensischen Institutionen, sowie israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel einer Einigung über den endgültigen Status im Jahr 2005.

Obgleich viele Israelis und Palästinenser in den besetzten Gebieten diesen Plan unterstützten, blieben sie doch skeptisch. Leider haben die Skeptiker Recht behalten. Nichts hat sich verändert, im Gegenteil, die Gewalt von beiden Seiten ist weiterhin eskaliert, der Zeitplan der Road Map wurde nicht eingehalten, da schon die Eingangsvoraussetzungen nicht realisiert wurden.

Kritiker sehen die Ursache des Scheiterns darin, dass der Plan von Anfang an zu vage und unverbindlich gehalten wurde, und es dem amerikanischen Präsidenten vor allem um die Inszenierung einer "Friedensmission", um Schlagworte und Medienbilder ging und nicht um die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen.

Es kann ohne die Glaubwürdigkeit des guten Willens der Vertragspartner und ohne die Glaubwürdigkeit der Vermittler keinen Frieden geben. Hier müssen sich die UN, die EU und Rußland den Vorwurf gefallen lassen, sich nicht stark genug für die Umsetzung der Road Map eingesetzt zu haben.

Jetzt setzen viele Menschen ihre Hoffnung auf die Genfer Initiative.

3. Die Genfer Initiative

zielt darauf ab, den seit 2001 festgefahrenen Verhandlungsprozeß für einen Frieden zwischen den beiden Völkern wieder in Gang zu setzen. Diese Initiative wurde nach

knapp dreijähriger Arbeit unter Mitwirkung des früheren israelischen Justizministers Yossi Beilin und des ehemaligen palästinensischen Informationsministers Yssir Abed Rabbo von einer israelisch-palästinensischen Delegation ausgearbeitet. Sie ist deshalb von besonderem Gewicht, da sie die schwierigen Fragen, die bisher alle politischen Verhandlungsschritte blockiert haben, anspricht: Jerusalem, Flüchtlinge, Grenzen und Fragen der gegenseitigen Sicherheit.

Die „Genfer Initiative“ bezieht die Öffentlichkeit beider Völker in den Diskussionsprozeß mit ein. Die Ansätze von Oslo (1993 und 1995), von Camp David (2000) und Road Map (2002) scheiterten auch daran, dass die politischen Regelungen von den Kabinetten vereinbart und den beiden Völkern „von oben“ zur Bestätigung vorgelegt werden sollten. Dabei wurde übersehen, dass beide Regierungen weitgehend das Vertrauen ihrer Öffentlichkeit verspielt haben.

Bei Umfragen haben sowohl bei den Israelis als auch bei den Palästinensern mehr als 50% für die „Genfer Initiative“ gestimmt. Sie kommt vor allem bei denen an, die die derzeitige Situation nicht mehr akzeptieren wollen. Die Zahl der israelischen Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern, wächst. Auch auf palästinensischer Seite gelangen viele zu der Einsicht, dass mit Heckenschützen und Selbstmordattentätern der Friede nicht zu erlangen ist.

The „Geneva Accord“ oder „Genfer Initiative“ sieht vor:

Palästinenser

Die Palästinenser geben das Recht auf die Rückkehr der Flüchtlinge auf. Für einige wird es Entschädigungen geben.

Die Palästinenser erkennen den israelischen Staat an und erhalten 97,5% des Gebietes zurück, das die Israelis seit dem Krieg 1967 besetzt halten.

Israelis

Die meisten Siedlungen in den besetzten Gebieten werden geräumt, jedoch behält Israel zwei große Siedlungen im Süden und Osten von Jerusalem und zwölf im Osten der Stadt.

Jerusalem wird administrativ geteilt, jedoch nicht geographisch. Jerusalem wird Hauptstadt zweier Staaten.

Der Tempelberg oder hl. Bezirk wird den Palästinensern unterstellt. Eine internationale Truppe garantiert den Zugang für Touristen.

Die Israelis erhalten die Klagemauer und das alte jüdische Viertel.

55% der Palästinenser unterstützen den Plan

53% der Israelis stimmten dem Plan zu.

Beide Regierungen äußerten sich negativ. Deshalb muß die Bevölkerung Druck auf ihre jeweilige Regierung ausüben, wenn die Genfer Initiative gelingen soll.

Wie ist die EU einbezogen?

(Romeo Frey)

1. Grundlagen und Hintergründe der EU-Politik und ihre Verhältnisse zu den USA:

Grundannahme ist, dass sowohl in den USA wie in den Ländern Europas dasselbe kapitalistische Wirtschaftssystem herrscht auf einer vergleichbaren Stufe der Entwicklung. Sie ist gekennzeichnet durch die Herausbildung von Übermonopolen, die den einzelnen Nationalstaaten entwachsen sind, diese maßgeblich beeinflussen und für sich ausnutzen für ihr Ziel, auf ihrem Gebiet jeweils Weltmarktführer zu werden. Und daher wirken in allen Industriestaaten ähnliche Mechanismen der Machtausübung, Machtbewahrung und Machtausdehnung. Ein Beispiel dazu: Siemens legte das eigene Nukleargeschäft mit der französischen Firma Framatom zusammen und wurde dadurch im Jahre 2000 zum Weltmarktführer, ein leider in der Öffentlichkeit wenig beachtetes Verhängnis, das aber friedenspolitisch nicht unbedeutend ist – siehe jüngster Verkaufspoker der Hanauer Atomfabrik in die VR China.

Das Hauptmerkmal dabei ist die Konkurrenz untereinander um die strategischen Ressourcen dieser Erde und um maximal profitbringende Produktionen und Absatzmärkte und die dazu erforderliche Machtpolitik.

Diese Konkurrenz zeigt sich einerseits offen, wie z.B. beim Irak-Krieg, wo ein Teil der Regierungen und Monopole offen auf die Besetzung des Irak und Beschlagnahme seiner Ölressourcen setzte – der andere Teil dagegen bestehende Verträge in Kraft setzen wollte und mit der Methode der Wirtschaftspolitik sich der Ölressourcen bemächtigen wollte.

Andererseits, und zwar zum heute deutlich überwiegenden Teil, wird die Konkurrenz mit der Methode der zeitweiligen Zusammenarbeit und Absprachen ausgetragen, weil sich so die eigenen Ziele mit vergleichsweise geringem Aufwand besser durchsetzen lassen. Dies geht solange, bis der erreichte Grad der Vorteile in Gegensatz zu den Interessen des vormaligen Partners gerät. Beispiel die große Allianz gegen den sog. „Terror“ beim Afghanistan-Krieg.

Dies ist für das Verständnis der EU-Politik wichtig. Sie verfügt nicht über die Machtmittel wie die USA, jedoch über das prinzipiell selbe ökonomische und politische Verständnis, weshalb sie die sogenannte friedliche Zusammenarbeit bevorzugt, die offene Konfrontation scheut, sich aber intensiv darum bemüht, die machtpolitischen Nachteile zu überwinden. Dies kommt aufgrund der historisch angelegten Beschränkungen besonders deutlich in der deutschen Militär- und Außenpolitik zum Ausdruck. Das ist aber bei den anderen europäischen Staaten im Grundsatz nicht wesentlich anders, auch wenn sie wie Frankreich und Großbritannien als Atommächte und Mitglieder im Welt-sicherheitsrat mehr Spielraum für eigene Positionen haben. Denn im Hintergrund wirken die internationalen Monopole, die in europäischen Ländern ihren Hauptsitz haben. Dazu wieder ein Beispiel: Die Förderung der Atomindustrie wird mit der Aufnahme des EURATOM - Vertrages in die geplante EU - Verfassung institutionalisiert.

2. Europas neue Außen- und Sicherheitspolitik

Seit geraumer Zeit werden verstärkte Anstrengungen unternommen, eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu schaffen. Diese Bemühungen haben an Aktualität zugenommen, seit der offensichtlichen Differenzen innerhalb der EU um ihre Position zum Irakkrieg der USA. Auch das Debakel um die zunächst gescheiterte Verabschiedung der gesamteuropäischen Verfassung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter den Regierungen über den Kern dieser Verfassung, nämlich die militärpolitische Seite, eine relativ große Einheit besteht und dazu so gut wie keine Widersprüche bekannt wurden.

Von der Wirtschaftskraft kann die EU noch ganz gut mit den USA mithalten, militärpolitisch und daher auch außenpolitisch sieht das anders aus. Die EU besteht aus unterschiedlichen Ländern,

deren nationale Sicherheitspolitik weitgehend eigenständigen Interessen unterworfen ist bis auf die bereits entwickelte Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Das kostet unnötigerweise Geld, was die Effektivität einschränkt.

Die Zahlen dazu sind interessant, weil heute eine bestimmte Quantität von Rüstung und Soldaten nur einen Sinn macht, wenn sie mit der Fähigkeit zu weltweiten Interventionen verbunden ist.

So haben die 16 EU Länder 2,9 Millionen Soldaten unter den Waffen und geben dafür 2,4 – 2,6 % des Bruttosozialprodukts aus wie Frankreich oder England, oder sogar weniger wie die BRD mit knapp 2 %.

Die USA haben eine wesentlich kleinere Armee von 1,5 Millionen Soldaten, also praktisch nur die Hälfte. Aber ihre Militärausgaben liegen mit 409 Mrd. US Dollar (2003) wesentlich höher, 2,9 % des Bruttosozialprodukts, sie investieren stärker in Technologie als in Personal und sie können aufgrund ihres einheitlichen Militärbudgets Rüstungsprojekte auf den Weg bringen – wie etwa die gesamte Satellitengestützte Raketentechnologie, die den Europäern heute noch nicht möglich sind. Denn dazu bräuchten sie ein einheitliches Militärbudget und deutlich höhere Anteile der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukts. Davon sind sie aber noch einiges entfernt.

W eil sie nicht die weltweite Interventionsfähigkeit der USA haben, lässt es sich denn leicht an der US-Militärstrategie herumkritisieren, wie zuletzt Entwicklungshilfeministerin W eczorek-Zeul, nach der das Konzept des Präventivschlags der USA völkerrechtswidrig und sicherheitspolitisch kontraproduktiv sei, wie sie am vergangenen Dienstag in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin erklärte. Die Erfahrungen im Irak zeigten, dass mit der Überlegenheit der USA zwar der Krieg, nicht aber der Frieden gewonnen werden könne. Das hört sich alles sehr schön vernünftig und schön an.

W as die geplante EU-Verfassung betrifft, hält sich Frau W eczorek-Zeul aber an die Kabinetts-Raison und unterstützt diese wie die gesamte Bundesregierung. Nach Analyse des IMI und des bundesweiten Kasseler Friedensratschlags 2003 stellt das EU-Vertragswerk eine Militärverfassung damit der ausdrücklich Präventivschläge erlaubt und sogar eine Verpflichtung zur ständigen aktuellen Hochrüstung enthalten ist. Sie stünde, wenn sie denn so Wirklichkeit würde, dann auch über der Verpflichtung des Grundgesetzes zu einer defensiven Außenpolitik und dem Verbot eines Angriffskrieges.

Die Militärverfassung ist ein wesentlicher Schritt der EU, ihre machtpolitischen Ressourcen zu bündeln, wobei im sogenannten Kerneuropa Deutschland eine besondere Rolle spielen und ihre Weltmachtambitionen vorantreiben will. Denn Deutschland wird mit 18.000 Soldaten das größte nationale Kontingent für die geplante Eingreiftruppe der EU stellen, die bis 2010 unabhängig von der NATO 60 Tage lang 60.000 Soldaten in einem Aktionsradius von 4000 km im permanenten Einsatz haben soll. Das ist, wie im Ostermarschaufzug Ruhr ausgeführt, ein Einsatzbogen von Zentralafrika über den Kaukasus bis hinter den Ural. Milliardenschwere Rüstungsprojekte, an denen auch die deutsche Rüstungsindustrie kräftig verdient, laufen schon: punktgenaue Distanzraketen, Lufttransportmaschinen, Kampfhubschrauber und Kampfbomber, Flugzeugträger, Satellitenaufklärungs- und navigationstechnik. In Konkurrenz zu den USA sollen europäische Einflussgebiete ausgedehnt werden.

Ein qualitativer Sprung dabei ist die satellitengestützte weltweite Aufklärung von Europa aus. Bisher haben die Militärs sogar für Afghanistaneinsätze der Bundeswehr, die zur Entlastung der USA für den Irakkrieg stattgefunden haben, keine unzensurierten Satelliten-Lagebilder von der USA erhalten. Ab März 2005 will die Bundeswehr ihr Radarsatellitensystem SAR-Lupe installieren. Im Abstand von sechs Monaten sollen fünf Satelliten in den Orbit geschossen werden, die „der politischen und militärischen Führung zur Krisenfrüherkennung, Krisenvorsorge und zu wirksamem Krisenmanagement, der obersten militärischen Führung zur Planung und Vorbereitung militärischer Ein-

sätze und den Einsatzkräften zum zeitgerechten Gewinnen aktueller Lageinformationen“ dienen werden (Europäische Sicherheit 9/2003).

Ins All gebracht werden die deutschen Satelliten mit der russischen Träger Rakete „Cosmos“. Vertragspartner ist der russische Staatsbetrieb „Rosoboronexport“, der auf die Vermarktung von Militärtechnik spezialisiert ist. Im Bundeswehr-“Zentrum für Nachrichtenwesen“ in Gesldorf wird bereits eine Abteilung Satellitengestützte Aufklärung im Kommando Strategische Aufklärung mit 90 Soldaten und zivilen Spezialisten aufgebaut.

Die deutsche und französische Regierung haben fest vereinbart, ihre nationalen Systeme SAR-Lupe (GER) und Helios 2 (FR) mit dem Ziel, unter Einbeziehung weiterer Staaten und Militärtechnologie „ein leistungsfähiges Gesamtsystem zur Verfügung (zu haben), das einen Vergleich mit US-Fähigkeiten nicht mehr scheuen müsste (Europäische Sicherheit 9/2003).

In diesem Zusammenhang steht auch das am 1. November 2003 von der EU mit der VR China unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit bei „Galileo“, ein angeblich rein ziviles Navigations-System, über das der Spiegel vom 27.10.2003 jedoch schreibt: „Das angeblich rein zivile Galileo-Netz liefert Europa mit einem codierten, empfangs- und störungssicheren Navigations-signal den Schlüssel zu militärischer Hightech, über die bislang die Supermacht (USA) allein verfügt“. Ein schwerer Schlag für die USA, denn die EU knackt damit nicht nur ihr Monopol im Bereich der profitträchtigen und militärstrategisch bedeutsamen Satellitennavigation, sie tut sich dabei auch noch mit dem ausgemachten strategischen US-Rivalen der Zukunft zusammen.

Diese Hochrüstung ist verknüpft mit der Agenda 2010. Vor allem die Sozialschwachen werden bluten. Dabei ist die Zahl von 20 Mrd Euro für die nächsten 10 Jahre, die wir letztes Jahr anhand der Rüstungsplanungen errechnet hatten, schon wieder überholt. Es ist sogar anzunehmen, dass diese Summe um einiges geringer ausfallen wird und trotzdem an der qualitativen Umrüstung zu weltweiter Einsatzbereitschaft kein Abstrich gemacht werden wird. demagogisch wird das Verkauf als Sparprogramm der Bundeswehr, weil wir ja heute alle sparen müssten. In Wirklichkeit ist bei der drastischen Reduzierung sämtlicher Sozialleistungen ein unverändertes Rüstungsbudget bei gleichzeitiger Schließung von Standorten und Abbau veralteter und zum Teil teurer Waffenbeschaffungen ein bisher nicht gekannter qualitativer Hochrüstungskurs.

Eine solche Technologie ist entscheidend für eine Loslösung von den USA. Je mehr die EU und dabei auch Deutschland die ökonomischen und militärpolitischen Voraussetzungen zur Verfolgung eigenständiger Interessen entwickeln, desto öfter wird es zu Konfrontationen und öffentlich gemachten Gegenpositionen zur US-Politik kommen. Bis dahin aber wird die Zusammenarbeit mit der USA zur eigenen Stärke genutzt und demagogisch getan, als wäre ein geeintes Europa der friedliebende Gegenpart zur aggressiven USA. Damit soll die Friedensbewegung bei ihrer berechtigten Kritik an der USA stehen bleiben und die eigenen Herrschenden außen vor lassen.

Auch wenn wir jedes Mal konkret bestimmen müssen, von wem die Hauptkriegsgefahr ausgeht und wer der Hauptkriegstreiber ist, diesen Gefallen sollten wir der Bundesregierung und den anderen europäischen Regierung nicht tun. Die Grundfrage, die von jeder Regierung gelöst werden muss, wenn sie Krieg führen will, ist die Akzeptanz in der breiten Bevölkerung – diese besteht für eine Mehrheit wenn überhaupt nur noch, wenn gelogen wird dass sich die Balken biegen und die eigentlichen Kriegsziele mit humanitären Floskeln verdeckt werden. Die Haupttendenz ist aber eine weltweit gewachsene Friedensbewegung, die am 15.02.2003 anknüpfen kann.

Angesichts der im Zusammenhang mit der Hochrüstung und der Agenda 2010 entfalteten Demagogie bleibt also für die Friedensbewegung ein aktueller und dringender Handlungs- und Aufklärungsbedarf und die Notwendigkeit eines langen Atems. Nur so werden sich die Lügen der Herrschenden am Ende in das Gegenteil kehren, was sie ursprünglich bewirken sollten und den Kräften zugute kommen, die für eine Welt ohne Krieg, Unterdrückung und

Ausbeutung eintreten.